

SOZIALDEMOKRATEN

„Notfalls im dritten Wahlgang“

Der Berliner SPD-Chef Jan Stöß, 39, befürwortet eine mögliche SPD-geführte Minderheitsregierung nach der Bundestagswahl.



MARJA HITZ / DAPD

SPIEGEL: Die bundesweiten Umfragen für Rot-Grün stagnieren bei gut 40 Prozent, eine Mehrheit ist nicht in Sicht. Muss sich Ihre Partei mit einer erneuten Großen Koalition unter Angela Merkel abfinden?

Stöß: Wir kämpfen für Rot-Grün im Bund. Die Landtagswahl in Niedersachsen hat gezeigt, dass dieser Weg erfolgreich sein kann. Nur so können wir Themen wie die für Großstädte wichtige Mietpreisbremse und Korrekturen bei der Rente durchsetzen.

SPIEGEL: Was, wenn es nicht reicht?

Stöß: Wenn SPD und Grüne bei der Bundestagswahl mehr Stimmen be-

kommen als Union und FDP zusammen, dann ist klar, dass wir diese Gestaltungsmehrheit nutzen sollten. Dann sollte sich Peer Steinbrück zum Kanzler wählen lassen – notfalls auch im dritten Wahlgang.

SPIEGEL: Das wäre das Modell einer Minderheitsregierung nach dem Vorbild Hannelore Krafts in Nordrhein-Westfalen.

Stöß: Hannelore Kraft hat erfolgreich gezeigt, wie man es machen kann. Sie hat mutig Rot-Grün durchgesetzt und ein für die SPD immens wichtiges Bundesland zurückgewonnen.

SPIEGEL: Fürchten Sie keine „Rote-Socken-Kampagne“, wenn Sie auf diese Weise die Linke ins Boot holen?

Stöß: Die Linkspartei kommt nicht ins Boot. Im Alltag reicht im Bundestag in den meisten Fällen eine einfache Mehrheit aus. Außerdem wäre eine Minderheitsregierung nicht zwangsläufig von einer Partei abhängig, sondern kann sich Unterstützung bei allen Fraktionen suchen. Eine „Rote-Socken-Kampagne“ hat die Union bei jeder Wahl seit 1990 gestartet, das ist nur noch peinlich.

AUSSENPOLITIK

Nachhilfe im Besspitzen

Mitarbeiter des Bundeskriminalamts (BKA) haben die kirgisische Regierung mit deutscher Überwachungstechnik ausgestattet und vertraut gemacht. In den Jahren 2008 bis 2012 führte das BKA in Kirgisien drei Lehrgänge unter anderem für Mitglieder des Staatskomitees für Nationale Sicherheit und des kirgisischen Innenministeriums durch. Darin ging es unter anderem um die „Ortung von Mobiltelefonen, den Einsatz der stillen SMS, die

Funkzellenauswertung und auch die Online-Durchsuchung“, so ein Sprecher des BKA.

Der Vorgang ist insofern heikel, als in Kirgisien 2010 bei Unruhen schätzungsweise 2000 Menschen ums Leben kamen. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch warfen den Sicherheitsbehörden der ehemaligen Sowjetrepublik willkürliche Verhaftungen und Folter vor. Wie das BKA bestätigte, hatte die deutsche Behörde das kirgisische Staatskomitee für Nationale Sicherheit ein Jahr zuvor mit einem VW-Transporter, einer Video-Observationsanlage, einem Scanner und einem Mobiltelefon „für insge-

samt 73 200 Euro“ ausgestattet. Unter Bundestagsabgeordneten stößt die Kooperation auf harsche Kritik. „Deutschland gibt dem kirgisischen Regime die Mittel in die Hand, die Opposition zu bespitzeln und zu unterdrücken“, beklagt Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Linken. Der Vorgang zeige, „dass die parlamentarische Kontrolle solcher Ausbildungs- und Ausstattungshilfe dringend verbessert werden muss“.



MAXIM SHIPENKOV / DPA

Kirgisische Regierungskräfte 2010